

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نښاد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

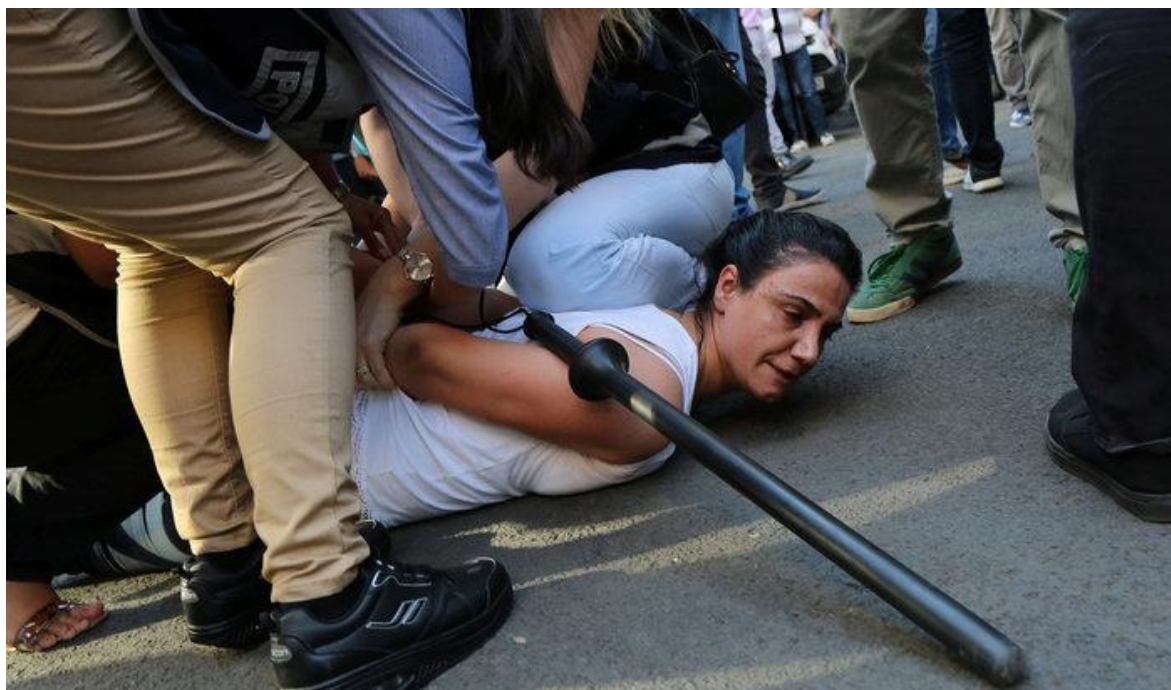
زبانهای اروپائی

Aus: Ausgabe vom 24.07.2017, Seite 2 / Ausland

Junge Welt
25.07.2017

Erdogans »Rechtsstaat«

Türkischer Präsident verbittet sich Einmischung in »innere Angelegenheiten«



Festnahme einer Demonstrantin, die in der kurdischen Stadt Diyarbakir gegen die Entlassung von Beamten protestiert hatte (17.7.2017)

Foto: Sertac Kayar/ Reuters

Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan hat im Streit mit Berlin jede Kritik an seiner Politik zurückgewiesen. Die Türkei sei »ein demokratischer, sozialer Rechtsstaat«, sagte er am Sonntag in Istanbul. »Niemand hat das Recht, sich in die inneren

Angelegenheiten der Türkei einzumischen.« Die Türkei werde »alles in ihrer Macht Stehende tun«, um gegen »Provokateure« im Land vorzugehen. Deutschen Politikern warf er vor, auf Kosten der Türkei Wahlkampf zu betreiben. Die Angriffe auf die Türkei und insbesondere auf ihn selbst in den Medien seien »unverzeihlich«. Er betonte allerdings zugleich die »strategische Partnerschaft« zwischen Deutschland und der Türkei: »Wir sind zusammen in der NATO. Wir sind ein Beitrittskandidat der EU«.

Erdogan reagierte mit diesen Äußerungen auf die bis dahin ungewohnt deutliche Kritik seitens deutscher Politiker am innenpolitischen Kurs Ankaras. CSU-Chef Horst Seehofer hatte am Samstag bei einer Parteiveranstaltung verlangt, die EU solle bis 2020 vorgesehene Zahlungen von gut vier Milliarden Euro an die Türkei als EU-Beitrittskandidaten stoppen. SPD-Chef Martin Schulz forderte im *Deutschlandfunk* ebenfalls ein Einfrieren dieser Mittel. Der Kovorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Dietmar Bartsch, forderte darüber hinaus, endlich deutsche Waffenexporte in die Türkei zu beenden und die Bundeswehr aus dem Stützpunkt Konya abzuziehen. »Die Bundesregierung muss gegenüber dem Erdogan-Regime aus dem Prüfmodus endlich in den Handlungsmodus kommen.«

Ob Ankara diese Hilfen gestrichen werden können, ist laut *Süddeutscher Zeitung* (Samstag) aber fraglich. Im laufenden Programm IPA II gebe es eine frühere Klausel nicht mehr, dass die Wahrung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundsätze eine Voraussetzung für die Zahlungen sei. Nach einem Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags sei daher »eine Suspendierung der Hilfe nicht möglich, solange das Beitrittsverfahren der Türkei andauert«. Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU) nannte das Verhalten Ankaras in *Bild am Sonntag* ebenfalls »inakzeptabel« und die Maßnahmen der Bundesregierung »absolut notwendig«. Allerdings gehe es bei dem NATO-Mitglied auch um geostrategische Fragen: »In der Region ist die Türkei eines der demokratischsten Länder. Und damit meine ich gar nicht Herrn Erdogan, sondern das Land und die türkische Gesellschaft insgesamt.« (Reuters/dpa/jW)